

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2000 — 2366

[C — 2000/33056]

27. APRIL 2000 — Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, insbesondere des Artikels 54, abgeändert durch die Gesetze vom 18. Juli 1990 und 16. Juli 1993;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 26. September 1994 zur Festlegung der auf das Personal der Dienste der Gemeinschafts- und Regionalregierungen und des Kollegiums der gemeinsamen Gemeinschaftskommission und der Französischen Gemeinschaftskommission sowie der von ihnen abhängenden juristischen Personen öffentlichen Rechts anwendbaren allgemeinen Grundsätze des Verwaltungs- und Besoldungsstatuts der Staatsbediensteten;

Aufgrund des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten;

Aufgrund des Protokolls Nr. S1/99 des Sektorenausschusses XIX vom 4. Februar 1999;

Aufgrund des Gutachtens der Finanzinspektion vom 18. März 1999;

Aufgrund des Einverständnisses des Minister-Präsidenten, zuständig für den Haushalt und das Personal vom 3. März 1999;

Aufgrund der Beratung der Regierung vom 3. März 1999 über den Antrag auf Begutachtung innerhalb einer Frist von einem Monat;

Aufgrund des am 21. September 1999 in Anwendung von Artikel 84 Absatz 1, 1°, der koordinierten Gesetze über den Staatsrat abgegebenen Gutachtens des Staatsrates;

Auf Vorschlag des Minister-Präsidenten, Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 - In Artikel 12 des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten wird in der Liste das 1. aufgehoben. Das 2. erhält die Nummer 1., das 3. erhält die Nummer 2.

Art. 2 - In Artikel 15 desselben Erlasses werden die Wörter "des Alters," gestrichen

Art. 3 - Artikel 32 Abs.1 und 2 desselben Erlasses werden wie folgt ersetzt:

«Der Widerspruchsausschuss besteht aus acht Mitgliedern. Die eine Hälfte der Mitglieder wird durch die für das Ministerium repräsentativen Gewerkschaftsorganisationen benannt, wobei nötigenfalls die Aufteilung der Mandate in gemeinsamem Einvernehmen erfolgt. Der Generalsekretär oder ein von ihm im Ministerium der Deutschsprachigen Gemeinschaft bestimmter Vertreter übernimmt den Vorsitz. Die übrigen Mitglieder werden von der Regierung aus dem statutarischen Personal des Ministeriums bestimmt. Dabei muss von der Regierung mindestens ein Mitglied außerhalb der Stufe I bestimmt werden. Außer dem Vorsitzenden darf kein Direktionsratsmitglied dem Ausschuss angehören.

Können sich die Gewerkschaftsorganisationen nicht über die Aufteilung der Mandate einigen, entscheidet der Vorsitzende des Widerspruchsausschusses».

Art. 4 - In Artikel 38 desselben Erlasses werden folgende Abänderungen vorgenommen:

1. Absatz 1 wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Alle zwei Jahre wird die Bewertung für alle Beamten vergeben und jedem Betroffenen persönlich mitgeteilt, frühestens jedoch ein Jahr nach Antritt einer neuen Funktion.»;

2. Absatz 2 wird aufgehoben;

3. in Absatz 3 werden die Wörter "eines neuen Dienstgrades" durch die Wörter "einer neuen Funktion" ersetzt.

Art. 5 - Artikel 40 desselben Erlasses wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

« Artikel 40. Folgende Bewertungen können vergeben werden: "positiv", "reserviert" und "negativ".

Die Bewertung wird anhand der Bewertungskriterien begründet.

Die laufende Bewertung wirkt weiter, solange keine neue erfolgt.

Die Bewertung "reserviert" kann höchstens zwei Mal hintereinander vergeben werden. Danach muss eine Bewertung "positiv" oder "negativ" erfolgen.

Wenn die Bewertung "reserviert" oder "negativ" vergeben wird, erfolgt in Abweichung von Art. 38 Abs.1 die nächste Bewertung für den betroffenen Beamten nach einem Jahr.»

Art. 6 - In Artikel 41 desselben Erlasses werden folgende Abänderungen vorgenommen:

1. die Wörter "sehr gut" werden durch das Wort "positiv" ersetzt;

2. der einzige Absatz wird folgendermaßen ergänzt: "Vor seiner Entscheidung holt der Direktionsrat eine Stellungnahme des in Artikel 42 angeführten Widerspruchsausschusses für Bewertungen ein".

Art. 7 - In Artikel 42 §1 desselben Erlasses werden die Wörter "sehr gut" ersetzt durch das Wort "positiv".

Art. 8 - Artikel 51 desselben Erlasses wird durch folgende Bestimmung ersetzt:

«Artikel 51. Die Beförderung kann nur einem zulässigen Bewerber mit der Bewertung "positiv" zuerkannt werden, der sich im aktiven Dienst befindet.

Art. 9 - Artikel 52 Abs.3 desselben Erlasses ist aufgehoben.

Art. 10 - Artikel 57 desselben Erlasses wird um folgenden Absatz ergänzt:

«Für die Beförderung in einen Dienstgrad des Ranges I.B sind jedoch unter Vorbehalt des Artikels 56 und aller anderen Zulassungsbedingungen die Bewerber mit einem Dienstgrad der Ränge I.C oder I.D. gleichermaßen zulässig.

Art. 11 - Artikel 60 Abs.2 desselben Erlasses wird durch folgenden Absatz ersetzt:

«Die betroffenen Beamten müssen die Bewertung "positiv" haben, um für die Regelbeförderung zulässig zu sein und sich im aktiven Dienst befinden. »

Art. 12 - Artikel 63 Abs. 1 desselben Erlasses wird durch folgenden Absatz ersetzt:

«Die betroffenen Beamten müssen mindestens die Bewertung "reserviert" haben, um an der Aufstiegsprüfung teilzunehmen und sich im aktiven Dienst befinden. Sie müssen die Bewertung "positiv" haben, um für den Aufstieg zulässig zu sein und sich im aktiven Dienst befinden. »

Art. 13 - In Artikel 71 desselben Erlasses werden folgende Abänderungen vorgenommen:

1. im gesamten Artikel werden die Wörter "sehr gut" jeweils durch das Wort "positiv" ersetzt.
2. im Absatz 2 wird das Wort "und" durch die Wörter "oder nach" ersetzt.
3. zwischen Absatz 2 und Absatz 3 wird folgender Absatz eingefügt:

«Beamte mit einem Dienstgrad des Ranges I.C erhalten nach 9 Jahren Dienstalter in diesem Rang oder nach 25 Jahren finanziellem Dienstalter die Gehaltstabelle I/10bis zugeordnet insofern sie die Bewertung "positiv" aufweisen.

4. der Artikel wird um folgenden Absatz ergänzt:

«Für die Berechnung des im vorliegenden Artikel vorgesehenen finanziellen Dienstalters ist die in Artikel 77 Abs.1 vorgesehene Einschränkung nicht anwendbar».

Art. 14 - Im Anhang II zum selben Erlass wird im gesamten Anhang das Wort "Barema" durch das Wort "Gehaltstabelle" ersetzt.

Im selben Anhang wird in den Tabellen zur Stufe I zwischen der Gehaltstabelle 1/10 und der Gehaltstabelle I/11 die Gehaltstabelle I/10bis eingefügt, wie in der Anlage zu vorliegendem Erlass vorgesehen.

Art. 15 - Bei Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses werden die bestehenden Bewertungen "sehr gut" oder "gut" umgewandelt in die Bewertung "positiv", die Bewertung "ungenügend" in die Bewertung "negativ".

Art. 16 - Der Minister-Präsident, Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport, wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 27. April 2000

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft :

Der Minister-Präsident, Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport
K.-H. LAMBERTZ

ANLAGE zum Erlass der Regierung vom 27. April 2000

I/10bis
3/1 x 23.000
10/2 x 61.000

1.525.000
2.204.000

1.525.000
1.548.000
1.571.000
1.594.000
1.594.000
1.655.000
1.655.000
1.716.000
1.716.000
1.777.000

1.777.000
 1.838.000
 1.838.000
 1.899.000
 1.899.000
 1.960.000
 1.960.000
 2.021.000
 2.021.000
 2.082.000
 2.082.000
 2.143.000
 2.143.000
 2.204.000

Gesehen um dem Erlass der Regierung vom 27. April 2000 zur Abänderung des Erlasses der Regierung vom 27. Dezember 1996 zur Organisation des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft und zur Regelung der Anwerbung, der Laufbahn und der Besoldung der Beamten beigefügt zu werden.

Der Minister-Präsident, Minister für Beschäftigung, Behindertenpolitik, Medien und Sport
 K.-H. LAMBERTZ

—
 TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2000 — 2366

[C — 2000/33056]

27 AVRIL 2000. — Arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone modifiant l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, notamment l'article 54, modifié par les lois des 18 juillet 1990 et 16 juillet 1993;

Vu l'arrêté royal du 26 septembre 1994 fixant les principes généraux du statut administratif et pécuniaire des agents de l'Etat applicables au personnel des services des Gouvernements de Communauté et de Région et des Collèges de la Commission communautaire commune et de la Commission communautaire française ainsi qu'aux personnes morales de droit public qui en dépendent;

Vu l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents;

Vu le procès-verbal n° S 1/99 du Comité de secteur XIX du 4 février 1999;

Vu l'avis de l'Inspection des finances, donné le 18 mars 1999;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget et de Personnel, donné le 3 mars 1999;

Vu la délibération du Gouvernement du 3 mars 1999 relative à la demande d'un avis dans un délai d'un mois;

Vu l'avis émis le 21 septembre 1999 par le Conseil d'Etat, en application de l'article 84, alinéa 1^{er}, 1°, des lois coordonnées sur le Conseil d'Etat;

Sur la proposition du Ministre-Président, Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports;

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er}. A l'article 12 de l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents, le 1° de la liste est abrogé. Le 2° devient le 1° et le 3° devient le 2°.

Art. 2. A l'article 15 du même arrêté, les termes « d'âge, » sont supprimés.

Art. 3. A l'article 32 du même arrêté, les alinéas 1 et 2 sont remplacés comme suit :

« La commission de recours se compose de huit membres. Pour une moitié, les membres sont désignés par les organisations syndicales représentatives pour le Ministère; s'il échet, les mandats sont répartis de commun accord. Le Secrétaire général ou un représentant désigné par lui au sein du Ministère de la Communauté germanophone assure la présidence. Les autres membres sont désignés par le Gouvernement parmi le personnel statutaire du Ministère, dont un agent au moins n'appartenant pas au niveau I. Hormis le président, aucun membre du conseil de direction ne peut faire partie de la commission.

Si les organisations syndicales ne parviennent pas à un accord sur la répartition des mandats, c'est le président de la commission de recours qui décide.»

Art. 4. A l'article 38 du même arrêté sont apportées les modifications suivantes :

1° l'alinéa 1 est remplacé par la disposition suivante :

« Il est procédé tous les deux ans à l'évaluation de tous les agents, laquelle est notifiée personnellement à chacun d'eux, au plus tôt toutefois un an après l'accession à une nouvelle fonction.»;

2° l'alinéa 2 est abrogé;

3° à l'alinéa 3, les termes « un nouveau grade » sont remplacés par les termes « une nouvelle fonction ».

Art. 5. L'article 40 du même arrêté est remplacé par la disposition suivante :

« Article 40 - Les évaluations suivantes peuvent être attribuées : « positif », « sous réserve » et « négatif ».

L'évaluation est étayée au moyen des critères d'évaluation.

L'évaluation en cours garde ses effets aussi longtemps qu'une nouvelle n'a pas lieu.

L'évaluation « sous réserve » peut être attribuée deux fois de suite au plus. L'évaluation suivante doit être « positif » ou « négatif ».

Si l'évaluation « sous réserve » ou « négatif » est attribuée, l'évaluation suivante a lieu après un an pour l'agent concerné, par dérogation à l'article 38, alinéa 1. »

Art. 6. A l'article 41 du même arrêté sont apportées les modifications suivantes :

1° les termes « très bon » sont remplacés par le terme « positif »

2° l'unique alinéa est complété comme suit : « Avant de prendre sa décision, le conseil de direction demande à la commission de recours en matière d'évaluation, visée à l'article 42, d'émettre un avis. »

Art. 7. A l'article 42, § 1^{er} du même arrêté, les termes « très bon » sont remplacés par le terme « positif ».

Art. 8. L'article 51 du même arrêté est remplacé par la disposition suivante :

« Article 51 - La promotion ne peut être attribuée à un candidat admissible que s'il a obtenu l'évaluation « positif » et se trouve en activité de service. »

Art. 9. L'alinéa 3 de l'article 52 du même arrêté est abrogé.

Art. 10. L'article 57 du même arrêté est complété par l'alinéa suivant :

« Les candidats des rangs I.C ou I.D sont pareillement admissibles à la promotion à un grade de rang I.B, sous réserve toutefois de l'article 56 et de toutes les autres conditions d'admissibilité. »

Art. 11. L'alinéa 2 de l'article 60 du même arrêté est remplacé par l'alinéa suivant :

« Pour être admissibles à la promotion en carrière plane, les agents concernés doivent obtenir l'évaluation « positif » et être en activité de service. »

Art. 12. L'alinéa 1^{er} de l'article 63 du même arrêté est remplacé par l'alinéa suivant :

« Pour participer à un concours d'accession à un niveau supérieur, les agents concernés doivent avoir au moins l'évaluation « sous réserve » et être en activité de service. Pour être admis au niveau supérieur, ils doivent avoir l'évaluation « positif » et être en activité de service. »

Art. 13. A l'article 71 du même arrêté sont apportées les modifications suivantes :

1° les termes « très bon » sont remplacés dans l'ensemble de l'article par le terme « positif »;

2° à l'alinéa 2, le terme « et » est remplacé par les termes « ou après »;

3° l'alinéa suivant est inséré entre le 2^{ème} et le 3^{ème} alinéas :

« Les agents revêtus d'un grade du rang I.C obtiennent après 9 ans d'ancienneté dans ce rang ou après 25 ans d'ancienneté pécuniaire l'échelle de traitement I/10, dans la mesure où ils ont un signalement « positif. »;

4° l'article est complété par l'alinéa suivant :

« La limitation prévue à l'alinéa 1^{er} de l'article 77 n'est pas applicable au calcul de l'ancienneté de traitement prévue au présent article. »

Art. 14. Dans toute l'annexe II du même arrêté, le terme « Barèmes » est remplacé par les termes « Echelles de traitement ».

Dans la même annexe, dans les échelles relatives au niveau I, l'échelle de traitement I/10bis, telle que fixée dans l'annexe au présent arrêté, est insérée entre l'échelle 1/10 et l'échelle 1/11.

Art. 15. Lors de l'entrée en vigueur du présent arrêté, les évaluations « très bon » ou « bon » sont converties en « positif », l'évaluation « insuffisant » en « négatif ».

Art. 16. Le Ministre-Président, Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 27 avril 2000.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président, Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports,

K.-H. LAMBERTZ

Annexe à l'arrêté du Gouvernement du 27 avril 2000

I/10bis
 3/1 x 23.000
 10/2 x 61.000

1.525.000
 2.204.000

1.525.000
 1.548.000
 1.571.000
 1.594.000
 1.594.000
 1.655.000
 1.655.000
 1.716.000
 1.716.000
 1.777.000
 1.777.000
 1.838.000
 1.838.000
 1.899.000
 1.899.000
 1.960.000
 1.960.000
 2.021.000
 2.021.000
 2.082.000
 2.082.000
 2.143.000
 2.143.000
 2.204.000

Vu pour être annexé à l'arrêté du Gouvernement du 27 avril 2000 modifiant l'arrêté du Gouvernement du 27 décembre 1996 portant organisation du Ministère de la Communauté germanophone et réglant le recrutement, la carrière et le statut pécuniaire des agents.

Le Ministre-Président, Ministre de l'Emploi, de la Politique des Handicapés, des Médias et des Sports,
 K.-H. LAMBERTZ

 VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2000 — 2366

[C — 2000/33056]

27 APRIL 2000. — Besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap tot wijziging van het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, inzonderheid op artikel 54, gewijzigd bij de wetten van 18 juli 1990 en 16 juli 1993;

Gelet op het koninklijk besluit van 26 september 1994 tot bepaling van de algemene principes van het administratief en geldelijk statuut van de rijksambtenaren die van toepassing zijn op het personeel van de diensten van de Gemeenschaps- en Gewestregeringen en van de Colleges van de Gemeenschappelijke Gemeenschapscommissie en van de Franse Gemeenschapscommissie, alsook op de publiekrechtelijke rechtspersonen die ervan afhangen;

Gelet op het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren;

Gelet op het protocol nr. S 1/99 van het Sectorcomité XIX van 4 februari 1999;

Gelet op het advies van de Inspectie van Financiën, gegeven op 18 maart 1999;

Gelet op het akkoord van de Minister-President, bevoegd inzake Begroting en Personeel, gegeven op 3 maart 1999;

Gelet op de beraadslaging van de Regering op 3 maart 1999 betreffende de aanvraag om advies binnen de termijn van één maand:

Gelet op het advies gegeven op 21 september 1999 door de Raad van State met toepassing van artikel 84, lid 1, 1° van de gecoördineerde wetten op de Raad van State;

Op de voordracht van de Minister-president, Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport;

Na beraadslaging,

Besluit :

Artikel 1. In artikel 12 van het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren wordt de punt 1° van de lijst opgeheven. Punt 2° wordt punt 1° en punt 3° wordt punt 2°.

Art. 2. In artikel 15 van hetzelfde besluit wordt het woord « leeftijd, » geschrapt.

Art. 3. Artikel 32, leden 1 en 2, van hetzelfde besluit wordt als volgt vervangen :

« De commissie van beroep is samengesteld uit acht leden. De ene helft van de leden wordt door de voor het Ministerie representatieve vakorganisaties aangewezen; zo nodig worden de mandaten in onderlinge overeenstemming verdeeld. De Secretaris-generaal of een door hem binnen het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap aangewezen vertegenwoordiger bekleedt het voorzitterschap. De andere leden worden door de Regering onder de statutaire personeelsleden van het Ministerie aangewezen, waarbij ten minste één lid moet worden aangewezen dat niet tot het niveau I behoort. Behoudens de voorzitter mag geen lid van de directieraad lid zijn van de commissie van beroep.

Worden de vakorganisaties het niet eens, dan beslist de voorzitter van de commissie van beroep. »

Art. 4. In artikel 38 van hetzelfde besluit worden volgende wijzigingen aangebracht :

1° lid 1 wordt door volgend lid vervangen :

« Om de twee jaar vindt een evaluatie van alle ambtenaren plaats, die aan elk onder hen persoonlijk meegedeeld wordt, ten vroegste echter één jaar na de toegang tot een nieuw ambt. »;

2° lid 2 wordt opgeheven;

3° in het lid 3 worden de woorden « een nieuwe graad » door de woorden « een nieuw ambt » vervangen.

Art. 5. Artikel 40 van hetzelfde besluit wordt door volgende bepaling vervangen :

« Artikel 40 - Volgende evaluaties mogen worden toegekend : « positief », « onder voorbehoud » en « negatief ».

De evaluatie wordt gestaafd met de evaluatiecriteria.

De lopende evaluatie is geldig zolang geen nieuwe evaluatie plaatsvindt.

De evaluatie « onder voorbehoud » mag ten hoogste twee opeenvolgende keren worden toegekend. Daarna moet de evaluatie « positief » of « negatief » zijn.

Als de evaluatie « onder voorbehoud » of « negatief » toegekend wordt, vindt de volgende evaluatie plaats na één jaar voor de betrokken ambtenaar, in afwijking van artikel 38, lid 1. »

Art. 6. In artikel 41 van hetzelfde besluit worden volgende wijzigingen aangebracht :

1° de woorden « zeer goed » worden door het woord « positief » vervangen;

2° het enige lid wordt als volgt aangevuld : « Voordat de directieraad beslist wint hij het advies in van de beroepscommissie inzake evaluaties, bedoeld in artikel 42. »

Art. 7. In artikel 42, § 1 van hetzelfde besluit worden de woorden « zeer goed » door het woord « positief » vervangen.

Art. 8. Artikel 51 van hetzelfde besluit wordt door volgende bepaling vervangen :

« Artikel 51 - De bevordering mag een toelaatbare kandidaat slechts toegekend worden als hij de evaluatie « positief » heeft gekregen en in actieve dienst is. »

Art. 9. Lid 3 van artikel 52 wordt opgeheven.

Art. 10. Artikel 57 van hetzelfde besluit wordt met volgend lid aangevuld :

« De kandidaten met een graad van de rangen I.C of I.D zijn op dezelfde wijze toelaatbaar voor de bevordering in een graad van de rang I.B, onder voorbehoud van artikel 56 en van alle andere toelaatbaarheidsvereisten. »

Art. 11. Lid 2 van artikel 60 van hetzelfde besluit wordt door volgend lid vervangen :

« De betrokken ambtenaren moeten de evaluatie « positief » gekregen hebben en zich in dienstactiviteit bevinden om voor de bevordering in vlakke loopbaan toelaatbaar te zijn. »

Art. 12. Lid 1 van artikel 63 van hetzelfde besluit wordt door volgend lid vervangen :

« Om aan een vergelijkend examen voor overgang naar het hoger niveau deel te nemen, moeten de betrokken ambtenaren ten minste de evaluatie « onder voorbehoud » gekregen hebben en zich in dienstactiviteit bevinden. Om voor de overgang naar een hoger niveau toelaatbaar te zijn, moeten ze de evaluatie « positief » hebben gekregen en zich in dienstactiviteit bevinden. »

Art. 13. In artikel 71 van hetzelfde besluit worden volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het hele artikel worden de woorden « zeer goed » telkens door het woord « positief » vervangen;

2° in lid 2 van de Duitse tekst wordt het woord « und » door de woorden « oder nach » vervangen;

3° tussen lid 2 en lid 3 wordt volgend lid ingevoegd :

« Ambtenaren van rang I.C. die een administratieve anciënniteit van 9 jaar in de rang of een geldelijke anciënniteit van 25 jaar hebben, nemen de weddeschaal I/10bis als ze een evaluatie « positief » hebben. »;

4° het artikel wordt met volgend lid aangevuld :

« De beperking waarin artikel 77, lid 1 voorziet is niet van toepassing om de in dit artikel bedoelde geldelijke anciënniteit te berekenen

Art. 14. In de hele bijlage II bij hetzelfde besluit wordt het woord « barema » door « weddeschaal » vervangen.

In dezelfde bijlage wordt in de weddeschalen m.b.t. het niveau I, tussen de weddeschaal 1/10 en de weddeschaal 1/11, de weddeschaal 1/10bis ingevoegd, zoals bepaald in de bijlage bij dit besluit.

Art. 15. Bij de inwerkingtreding van dit besluit worden de evaluaties « zeer goed » of « goed » in « positief », de evaluatie « onvoldoende » in « negatief » omgezet.

Art. 16. De Minister-President, Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport, is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 27 april 2000.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap :

De Minister-President, Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport,
K.-H. LAMBERTZ

Bijlage bij het besluit van de Regering van 27 april 2000

I/10bis	
3/1 x 23.000	
10/2 x 61.000	
	1.525.000
	2.204.000
	1.525.000
	1.548.000
	1.571.000
	1.594.000
	1.594.000
	1.655.000
	1.655.000
	1.716.000
	1.716.000
	1.777.000
	1.777.000
	1.838.000
	1.838.000
	1.899.000
	1.899.000
	1.960.000
	1.960.000
	2.021.000
	2.021.000
	2.082.000
	2.082.000
	2.143.000
	2.143.000
	2.204.000

Gezien om gevoegd te worden bij het besluit van de Regering van 27 april 2000 tot wijziging van het besluit van de Regering van 27 december 1996 houdende organisatie van het Ministerie van de Duitstalige Gemeenschap en houdende regeling van de aanwerving, de loopbaan en de bezoldiging van de ambtenaren.

De Minister-President, Minister van Werkgelegenheid, Gehandicaptenbeleid, Media en Sport,
K.-H. LAMBERTZ



D. 2000 — 2367

[C — 2000/33066]

16. JUNI 2000 — Erlass der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Abänderung des Ministeriellen Erlasses vom 23. März 1970 zur Festlegung der Bedingungen für die Gewährung einer Beteiligung des Nationalfonds für die soziale Wiedereingliederung der Behinderten an den von den beschützenden Werkstätten getragenen Löhnen und sozialen Lasten

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Auf Grund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über die institutionellen Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, abgeändert durch die Gesetze vom 6. Juli 1990, 18. Juli 1990, 5. Mai 1993, 16. Juli 1993, 30. Dezember 1993, 16. Dezember 1996 und 6. Mai 1999;

Auf Grund des Dekretes der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 19. Juli 1990 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung, insbesondere des Artikels 32;

Auf Grund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 15. Mai 2000;

Auf Grund des Einverständnisses des Minister-Präsidenten, zuständig für den Haushalt vom 7. Juni 2000;